Sächsische Zeitung
SZ-ONLINE.DE

„... keine Ängste einreden lassen!“

Radebergs Oberbürgermeister Gerhard Lemm über zehn Wohnungen, in denen in Kürze 50 Flüchtlinge einziehen werden.

26.10.2014 Von Jens Fritzsche

Radebergs Oberbürgermeister Gerhard Lemm (SPD) plädiert für Offenheit gegenüber Flüchtlingen: „Das sind Menschen, die in größter Not zu uns kommen, denen müssen wir einfach helfen!“

© Willem Darrelmann

Während in Ottendorf-Okrilla lautstark und heftig über das dort vom Landkreis geplante Flüchtlingsheim gestritten und diskutiert wird, hat Radeberg relativ unaufgeregt zehn Wohnungen für Flüchtlingsfamilien gesucht. Hier werden in den nächsten Tagen die ersten Flüchtlinge einziehen. Woher die Menschen kommen werden, ist noch offen. Das wird erst wenige Tage vor dem tatsächlichen Einzug klar sein, „erst dann bekommt der Landkreis mitgeteilt, welche Flüchtlinge aus den großen Auffanglagern in den Landkreis kommen und dann auf die einzelnen Orte verteilt werden“, so Radebergs Oberbürgermeister Gerhard Lemm (SPD). Die SZ sprach mit dem OB über das Thema Asylbewerber und deren Unterbringung:

Herr Lemm, der Landkreis hat am Rande einer Pressekonferenz zur jüngsten Kreistagssitzung mitgeteilt, dass demnächst in Radeberg zehn Wohnungen von insgesamt rund 50 Flüchtlingen bezogen werden. Hätten Sie das nicht gern lieber selbst verkündet – vielleicht auch zunächst den Radebergern?

Naja, ich kann durchaus verstehen, dass der Kreis in der aktuellen Diskussion um gravierende Kapazitätsprobleme in Sachen Unterbringung von Flüchtlingen jede neue Möglichkeit möglichst schnell öffentlich machen will. Wobei wir in Radeberg tatsächlich einen anderen Weg vor hatten, die Öffentlichkeit zu informieren.

Nämlich?

Wir wollten eine gemeinsame Erklärung des OB mit allen Fraktionsvorsitzenden herausgeben, die über das Thema informiert. Das werden wir nun aber trotzdem machen.

Im nahen Ottendorf-Okrilla ist ja bekanntlich ein altes Ferienlager-Areal vom Kreis als Asylbewerberheim für rund 150 Menschen ins Auge gefasst worden. Auch dort kritisieren die Anwohner die aus ihrer Sicht schlechte Öffentlichkeitsarbeit des Landkreises. Wie sollte aus Ihrer Sicht Informationspolitik zum Thema Asyl aussehen?

Was ist richtig? Was ist falsch? Schwer zu sagen. Viele Ottendorfer fühlen sich ja zu spät informiert, aber es kann genau so gut sein, dass hier zu früh informiert wurde. Was ist denn, wenn jetzt die Baubehörde herausfindet, dass das Ferienlager rein baulich gar nicht nutzbar ist, wenn die Kosten für eine Instandsetzung der Bungalows viel zu hoch wären? Dann hat man also einerseits unnötig für Unruhe gesorgt; andererseits feiern am Ende diese nun regelmäßig zum Protest nach Ottendorf reisenden Nazis das Ganze auch noch als ihren Erfolg. Es ist also schwierig zu sagen, ob das Landratsamt richtig oder falsch informiert hat.

Sie haben auch mal angedeutet, es wäre vielleicht sinnvoll, erst zu informieren, wenn die Flüchtlinge da sind …

Ja, weil die Leute sich dann selbst ein Bild von denjenigen machen können, die da zu uns kommen. Und dann eben auch sehen, dass es ganz normale Menschen sind. Die im Übrigen oft in größter Not zu uns kommen! Man muss sich mal vorstellen, wie groß die Not sein muss, wenn jemand freiwillig seine Heimat, seine Familie verlässt, um bei uns in Deutschland zu leben, wo ihm als Asylsuchenden sechs Quadratmeter Wohnfläche zustehen. Zum Vergleich, laut Tierschutzgesetz stehen meinem Schäferhund in Deutschland acht Quadratmeter zu …

In der Debatte fällt oft das Wort Wirtschaftsflüchtling. Die, so kann man immer wieder mal heraushören, stoßen auf wenig Verständnis. Sie haben mal gesagt, Sie können mit dem Begriff Wirtschaftsflüchtling allerdings nicht wirklich viel anfangen.

Dieser Begriff regt mich sogar richtig auf! Ist es denn ein Unterschied, ob jemand aus seiner Heimat flieht, weil er von Krieg, von Bomben, von politischer Verfolgung bedroht ist – oder ob jemand zu uns kommt, dem zwei seiner Kinder verhungert sind und er nun hofft, bei uns leben zu können, damit seine beiden anderen Kinder nicht auch noch verhungern? Das sollten wir uns vor

Augen halten, bevor wir irgendwelche Worte auf den Tisch knallen!

Sie haben zehn Wohnungen in Radeberg gesucht, in die nun in den nächsten Tagen insgesamt 50 Flüchtlinge einziehen werden. War es schwer, die Vermieter zu überreden?

Es handelt sich um derzeit leer stehende Wohnungen – und weil es sich beim Vermieter um die städtische Wohnbau handelt, also eine städtische Tochter, war es für mich nicht wirklich schwer, das Unternehmen zu überreden … Schwerer war es, Wohnungen zu finden. Weil es in Radeberg kaum leer stehende Wohnungen gibt.

Sie haben sich seit Langem dafür starkgemacht, Flüchtlinge lieber dezentral – also in Wohnungen – unterzubringen. Es gibt aber auch Stimmen, die eine zentrale Unterbringung für sinnvoller halten. Denn dort, so heißt es dann, seien Betreuung und Sicherheit besser zu gewährleisten …

Natürlich ist auch mir klar, dass nicht alle Flüchtlinge in der Lage sind, selbstständig in Wohnungen leben zu können. Und natürlich sehe ich auch die Fakten, dass große Einrichtungen bestimmte Vorteile haben. Aber eben auch Nachteile. Für Familien beispielsweise sind Wohnungen ideal. Und auch das Zusammenleben, die Integration wird dadurch für beide Seiten leichter, für die Flüchtlinge und die Einwohner.

Der Landkreis will jetzt die Quote der dezentralen Unterbringung von derzeit zehn auf dann 30 Prozent erhöhen. Reicht das aus Ihrer Sicht?

Ich würde mir durchaus mehr wünschen, aber man muss realistisch bleiben. Es gibt beispielsweise nicht überall ausreichend leer stehende Wohnungen. Wobei ich durchaus hoffe, dass nun auch andere Städte und Gemeinden unserem Beispiel folgen und Wohnungen bereitstellen. Da meine ich aber natürlich nicht die Orte, die schon jetzt große Heime haben!

Haben Sie die Nachbarn der Radeberger Wohnungen schon informiert?

Es ist nicht üblich, dass die Wohnbau Nachbarn über neue Mieter informiert. Deshalb wird das auch in diesem Fall nicht so sein.

Haben Sie keine Bedenken? Müssen die Anwohner nicht vorbereitet werden?

Wissen Sie, es handelt sich um Familien, die hier einziehen. Und die Erfahrungen aus anderen Orten – und auch unsere eigenen aus der Vergangenheit – zeigen, dass es mit Familien kaum Probleme gibt.

In Ottendorf ist immer von einem Sicherheitskonzept für das geplante Heim die Rede. Wird es das für die zehn Wohnungen in Radeberg auch geben?

Wie gesagt, wir erwarten keine Probleme, deshalb glaube ich nicht, dass das für die Sicherheitskonzeption zuständige Landratsamt hier großen Aufwand betreiben wird. Aber natürlich haben wir die Wohnungen dennoch im Blick, das ist klar.

Sie haben in der Vergangenheit regelmäßig die Sparpolitik des Freistaats in Sachen Polizei kritisiert. Gerade beim Thema Asylheime wird ja nun immer wieder darauf verwiesen, dass zu wenig Polizei vor Ort sei. Nun rudert Ihre Partei – die SPD – ja im sächsischen Regierungsboot mit. Sie haben also beste Chancen für mehr Polizei zu sorgen …

Zunächst muss man mal klar sagen: Die Statistiken zeigen deutlich, dass es in und um Flüchtlingsheime nicht mehr Kriminalität gibt, als zum Beispiel um Lehrlingswohnheime. Und überhaupt ist es beim Blick in die Statistik so, dass die Gegner der Asylheime gern mit den Ängsten spielen, ohne dass es wirklich eine große Anzahl an Straftaten gibt. Zur Polizeipräsenz: Im Koalitionsvertrag ist auf Druck der SPD vereinbart worden, jährlich 400 neue Polizisten einzustellen. Außerdem ist der weitere Stellenabbau sofort gestoppt worden. Es tut sich also etwas!

Die Flüchtlingszahlen steigen in letzter Zeit rasant an, die Welt ist voller Konflikte, vor denen Menschen fliehen. Wird Radeberg mehr, als nur diese ersten 50 Flüchtlinge aufnehmen müssen?

Da kann ich nur wiederholen, was ich schon im Stadtrat auf Nachfrage erklärt habe: In Anbetracht der Zahlen muss der Landkreis einfach nach Unterbringungsmöglichkeiten suchen – auch in Radeberg. Man muss doch mal klar sagen, dass wir bisher auch die einzige große Stadt im Kreis sind, die noch keine Flüchtlinge aufgenommen hat. Es werden also sicher auch in Radeberg noch Flüchtlinge dazukommen. Und ich denke, auch mit Blick darauf ist es gut, dass wir jetzt diese zehn Wohnungen angeboten haben.

Wieso?

Weil die Leute merken werden, dass man mit Flüchtlingen gut leben kann. Dass man keine Angst haben muss – und dass es sich um Menschen handelt, denen wir wirklich helfen müssen. Lassen wir uns doch mal deren Geschichte erzählen! Im Übrigen halte ich die Diskussion um steigende Asylbewerberzahlen für etwas überzogen.

Überzogen?

Wir hatten Anfang der 1990er Jahre wesentlich mehr Flüchtlinge in der Region, wir hatten in Radeberg sogar ein Asylbewerberheim. Damals tobte auf dem Balkan ein Krieg. Und wir haben damals durchaus vernünftig miteinander leben können – ich finde, daran sollten wir denken und uns nicht von braunen Stimmungsmachern Ängste einreden lassen.

Artikel-URL: http://www.sz-online.de/nachrichten/-keine-aengste-einreden-lassen-2958410.html